

Hier manifestiert sich einer der zentralen Beweggründe für die Versorgungspolitik in der krisenhaften Kriegs- und Nachkriegszeit: Während des Krieges erlebte die sozialdemokratische Arbeiterbewegung – wie in vielen anderen Städten auch – in Neunkirchen und Düdelingen ihren Durchbruch. Indem gerade dem Nationalen Hüttenverein, dem als Gelbe Gewerkschaft⁶³² ja ganz wesentlich die Aufgabe zukam, andere Organisationen auszubremsen, die Lebensmittelverteilung anvertraut wurde, sollte die Werksloyalität der Belegschaft in Zeiten soziopolitischer Unwägbarkeiten sichergestellt werden. Außerdem boten gerade Krisenzeiten den sozialpolitisch ambitionierten Schwerindustriellen ein ideales Forum, die Leistungsfähigkeit ihres Versorgungsmanagements unter Beweis zu stellen und diese gegenüber anderen gesellschaftlichen wie auch den staatlichen Instanzen zu profilieren. Andererseits ist zu konstatieren, dass der Nationale Hüttenverein nach dem Krieg auf das Drängen der aufstrebenden Gewerkschaften hin aufgelöst wurde. Hier offenbarten sich dann die Grenzen der anvisierten Steuerung und Einflussnahme.

Zur Versorgungspolitik im weiteren Sinne zählen auch die verschiedenen Stiftungen, die in Neunkirchen von Stumm und seinen Nachfolgern eingerichtet wurden. So sah die Ludovicastiftung die Unterstützung junger Familien bei der Haushaltsgründung vor, während sich der Landwehrfonds an im Militärdienst befindliche Hüttenbeschäftigte oder deren Angehörige richtete. Die nach Stumms Tod gegründete Stumm-Halberg-Stiftung wiederum widmete sich ebenfalls der Unterstützung bedürftiger Werksangehöriger.⁶³³ In Düdelingen existierten ähnliche Stiftungen etwa für Erstkommunionempfänger unter den Arbeiterkindern oder ein 1929 eingerichtetes „Œuvre Saint-Nicolas“, mit dessen Hilfe Geschenke für kranke Kinder von Werksangehörigen finanziert wurden.⁶³⁴

In der Regel wird – folgt man der einschlägigen Forschung – der Bereich der betrieblichen Sozialpolitik begrenzt auf *materielle* Versorgungsleistungen. So wurde auch im Verlauf dieses Kapitels hauptsächlich die Sorge um das materielle und gesundheitliche Wohl der Arbeiterschaft thematisiert: Es ging um die gesundheitspolitische Absicherung, die Versorgung mit Wohnraum oder die Bereitstellung verbilligter Waren und Lebensmittel. Demgegenüber sollte der Begriff der betrieblichen Sozialpolitik flexibler und weiter gefasst werden, denn die Hüttenunternehmer suchten auch auf andere Weise Einfluss auf ‚ihre‘ Arbeiter zu nehmen und diese – über das reine Arbeitsverhältnis hinaus – an den Betrieb zu binden. So hegten die Unternehmen zum Teil weitreichende

⁶³² Der Terminus bezeichnet die von den Betriebsherren implementierten und geförderten Werkvereine, die einerseits der Anbindung der Arbeiter an den Betrieb, andererseits der Bekämpfung der Sozialdemokratie dienen sollten. Die Werkvereine verbreiteten vor allem nationalistisches und militaristisches Gedankengut im Sinne der Vorkriegseliten. Vgl. MATTHEIER, Klaus J.: Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik, Düsseldorf 1973.

⁶³³ Vgl. GERGEN 2000, S. 283.

⁶³⁴ Vgl. SCHMITZ 1989, S. 67.